

Brüssel, den 5. April 2022
(OR. en)

7710/22

AGRI 123
AGRIFIN 35
AGRIORG 38

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Rat

Betr.: Lage auf den Agrarmärkten, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine

1. Die ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine hat den Agrarsektor und die Agrarmärkte der EU, die bereits mit höheren Energie-, Futter- und Düngemittelkosten zu kämpfen und gerade die COVID-19-Krise überstanden hatten, weiter destabilisiert. Die Nahrungsmittelpreise in der EU sind im Vergleich zum Februar letzten Jahres um durchschnittlich 5,6 % gestiegen, und bei einigen Erzeugnissen sind die Verbraucher mit einem Preisniveau konfrontiert, das in der Vergangenheit nur selten zu beobachten war. Dennoch haben die Mitgliedstaaten – entweder schriftlich¹ oder mündlich auf der letzten Tagung des Sonderausschusses Landwirtschaft (SAL) – mitgeteilt, dass die Gewinnspannen der Erzeuger aufgrund des außergewöhnlichen Anstiegs der Betriebsmittelkosten weiterhin unter Druck stehen. Darüber hinaus profitiert nicht unbedingt die gesamte Lieferkette vom jüngsten Anstieg der Nahrungsmittelpreise, vor allem nicht die Erzeuger.

¹ Dok. 7714/22 und 7708/22.

2. In diesem Zusammenhang und auf Ersuchen der EU-Führungsspitzen auf ihrem Treffen in Versailles vom 10./11. März 2022 hat die Kommission am 23. März 2022 eine Mitteilung zur Ernährungssicherheit² vorgelegt, in der sie unter anderem bestätigt, dass die EU sich weitgehend selbst mit wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgen und ihre Bevölkerung ernähren, aber auch weltweit zur Ernährungssicherheit beitragen kann. Darüber hinaus schlug die Kommission auf der Grundlage einer Analyse³ der Lage konkrete Maßnahmen vor, um die betroffenen Erzeuger und die Bedürftigsten zu unterstützen und die Erzeugung in der EU kurzfristig zu steigern.
3. In seinen Schlussfolgerungen der Tagung vom 24./25. März 2022⁴ ersucht der Europäische Rat den Rat, „die Arbeit bezüglich der Mitteilung der Kommission über steigende Nahrungsmittelpreise und weltweite Ernährungssicherheit unter Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten in allen Mitgliedstaaten voranzubringen, in der sowohl kurzfristige Maßnahmen im Hinblick auf die Erschwinglichkeit von Nahrungsmitteln in der Europäischen Union und zur Unterstützung von Landwirten, die mit hohen Betriebsmittelkosten konfrontiert sind, als auch mittelfristige Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem dargelegt werden.“
4. Vor diesem Hintergrund könnten die Ministerinnen und Minister bei der Beratung über diese Frage
 - a) bestätigen, dass der Agrarsektor der Union in der Lage ist, den Nahrungsmittelbedarf der Union zu decken, und eine gemeinsame Mitteilung zu vereinbaren, um unnötigen Preisdruck für bestimmte wichtige Rohstoffe zu vermindern,
 - b) den Rat – über ihre schriftlichen Bemerkungen und den von den Delegationen auf der letzten Tagung des SAL vorgelegten Informationen hinaus – über die besondere Lage ihres Agrarsektors und etwaige zu berücksichtigende Probleme informieren, und
 - c) zu den vorgeschlagenen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen Stellung beziehen.

² Dok. 7426/22.

³ Dok. 7426/22 ADD 1.

⁴ Dok. EUCO 1/22.